

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Braucht der Orient unsere wirtschaftliche Hilfe? Eine Unterhaltung zwischen deutschen Ostexperten und Journalisten aus dem Nahen Osten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1957) : Braucht der Orient unsere wirtschaftliche Hilfe? Eine Unterhaltung zwischen deutschen Ostexperten und Journalisten aus dem Nahen Osten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 6, pp. 303-310

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132480>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Braucht der Orient unsere wirtschaftliche Hilfe?

Eine Unterhaltung zwischen deutschen Ostexperten und Journalisten aus dem Nahen Osten

Die Vertrauensbasis muß hergestellt werden!

In manchen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ist während der letzten Jahrzehnte der Lebensstandard der breiten Massen gesunken. Die Produktion hat dort nicht mit der raschen Zunahme der Bevölkerung Schritt gehalten, so daß sich die Pro-Kopf-Quote für den laufenden Verbrauch und für die Vermögensbildung fortschreitend verringert: und das in einer Zeit, in der die Länder der westlichen Welt immer reicher werden und auch im Bereich des kommunistischen Blocks eine erhebliche Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sichtbar wird. Während es in den westlichen Industriestaaten gelungen ist, dank einer gewaltigen Steigerung der Produktivität die sozialen Unterschiede, die in der materiellen Lebenshaltung hervortreten, weitgehend auszugleichen, klappt in der Welt ein immer schärferer Gegensatz zwischen den reichen und den armen Völkern auf.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer

Diese ständig größer werdende Kluft führt zu gefährlichen politischen Spannungen. Sie ist wirtschaftlich ein *Hindernis* für eine gesunde Entwicklung in der gesamten Welt. Denn die Schwäche der Länder, die nachhinken, beeinträchtigt die Entfaltung aller anderen, da eine größere Belebung des Welt Handels und die bestmögliche Auswertung der Rohstoffe und anderer Produktionskräfte ja nur dann erreicht werden kann, wenn in allen Gebieten die Produktivität und der Lebensstandard eine befriedigende Höhe erreicht haben.

In den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens erleben wir jetzt einen Bevölkerungszuwachs, der noch stärker ist als die ähnliche Zunahme der Bevölkerung während der zweiten Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den westeuropäischen Industriestaaten. Doch im Nahen und Mittleren Osten zeigt sich nicht gleichzeitig eine entsprechende Vermehrung des wirtschaftlich genutzten Kapitals, wie sie in Westeuropa für diese Zeit des „Frühkapitalismus“ charakteristisch war.

Selbsthilfe reicht nicht aus

Das künftige Schicksal der Länder des Nahen und Mittleren Ostens hängt — politisch wie wirtschaftlich — vor allem davon ab, ob es gelingt, die Kapitalbildung in der Form wirtschaftlich arbeitender Anlagen zu verstärken. Dabei können diese Staaten verschiedene Wege gehen. Sie können mit einer staatlich gelenkten Wirtschaft die Kapitalbildung durch die öffentliche Hand herbeiführen (wie es in verschiedenen Ländern mit großen öffentlichen Investitionengeschichten), oder sie können die private Kapitalbildung anregen und sich frei entfalten lassen, oder sie können beides miteinander in der Weise verbinden, daß sie auf bestimmten Gebieten, wie vor allem der Energiewirtschaft, einige Großprojekte mit öffentlichen Mitteln finanzieren und sich gleichzeitig darum bemühen, Anreiz für privatwirtschaftliche Investitionen zu geben. Welchen Weg sie auch immer gehen, in den meisten Fällen bleibt es zweifelhaft, ob

die Investitionen, die aus eigener Kraft durchgeführt werden, auch ausreichen, um der sich ständig vermehrenden Zahl von Arbeitssuchenden Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben und die Güter zu beschaffen, die notwendig sind, um den Lebensstandard der wachsenden Bevölkerung zu heben.

Das Ziel, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens ausreichend zu steigern, könnte auf jeden Fall viel leichter und schneller erreicht werden, wenn von den Industrieländern der westlichen Welt Hilfe geleistet würde. Doch manche der Regierungen im Nahen und Mittleren Osten stehen einer Kapitalhilfe des Auslandes — so dringend sie sie auch gebrauchen könnten — ablehnend oder mit einer gewissen Reserve gegenüber, weil sie fürchten, dadurch in ihrer Handlungsfreiheit — wirtschaftlich wie politisch — gebunden zu werden, und weil sie sich noch nicht von der — durch die Entwicklung faktisch schon längst überholten — Vorstellung befreien können, sie würden durch die Annahme von Krediten in neue Abhängigkeitsverhältnisse geraten und könnten von den Kapitalgebern „ausgebeutet“ werden. Privatwirtschaftliche Investitionen einzelner ausländischer Unternehmen werden zeitweilig begünstigt und begrüßt, dann aber wieder mit Mißtrauen betrachtet oder ganz unterbunden.

Formen der Zusammenarbeit

Für die Regierungen der westlichen Industrieländer wie für die Unternehmer, die sich im Nahen und Mittleren Osten betätigen und

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Investitionen vornehmen möchten, ist es schwierig, erfolgversprechende Formen der Zusammenarbeit zu finden. Es geht schlecht an, einem Staat Anleihen anzubieten, wenn dieser nicht weiß, ob er sie annehmen soll, und wenn für die Rückzahlung der Anleihen keine ausreichende Sicherheit geboten wird. Noch heikler ist es für einen Unternehmer, auf privatwirtschaftlicher Grundlage in einem Staate zu arbeiten, dessen Einstellung zum Privateigentum, und zwar besonders noch zum Eigentum der Ausländer, nicht eindeutig zu erkennen ist und der seine Haltung in diesen Fragen sehr schnell ändern kann.

Diese Schwierigkeiten und alle sich hieraus ergebenden Konsequenzen muß man klar erkennen, wenn man nach Wegen sucht, um den Ländern des Nahen und Mittleren

Ostens eine Hilfestellung bei ihrem wirtschaftlichen Aufbau zu geben. Eine Patentlösung bietet sich nicht an. Zuerst müssen die psychologischen Hindernisse beseitigt werden, die als ein verhängnisvolles Erbe der Vergangenheit heute die Zusammenarbeit der westlichen Länder mit dem Nahen und Mittleren Osten belasten. Die Bereitstellung von Krediten muß als eine rein wirtschaftliche Transaktion frei von politischen Bindungen erfolgen. Die kreditnehmenden Staaten müssen ihrerseits aber auch erkennen, daß für die Gewährung von Krediten bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, und dazu gehört vor allem ein gegenseitiges Vertrauen zwischen dem Kreditnehmer und dem Kreditgeber. Diese Vertrauensbasis muß als erstes geschaffen werden. (Pz)

Der Einfluß wirtschaftlicher und politischer Krisen

Fast alle Länder des Nahen Ostens leiden heute unter mehr oder weniger schweren wirtschaftlichen Erschütterungen. Krisenfest ist nur das kleine Kuwait. Es verfügt über unermeßliche Bodenschätze, besitzt nur eine kleine, sozial ziemlich gleichschichtige Bevölkerung und wird von einem Manne regiert, der die großen ihm zur Verfügung stehenden Finanzmittel verständig zu verwenden sucht. In einer verhältnismäßig guten Lage ist auch der Libanon mit seiner gemischten, betriebsamen Bevölkerung, seinen weitverzweigten handelspolitischen Beziehungen und der durch sie bestimmten Nationalpolitik.

Die Größe der Aufgaben

Schwieriger liegen die Verhältnisse in dem ihm benachbarten Syrien. Auch Syrien hat starke und alte Beziehungen zu Europa. Schon die Art seiner politischen Entstehung bestimmte aber eine strafere nationale Haltung, weil es noch bis zuletzt gegen seinen früheren Oberherrn, die Türkei, zu kämpfen hatte und auch die Hauptlast der Auseinandersetzungen mit dem früheren Kolonialherrn trug. Überdies spielt die Frage des Großgrundbesitzes und ihre politische Bedeutung hier eine größere Rolle

als im Libanon. Die Leistungen des jungen Staates sind nicht zu unterschätzen. Ganz bedeutend sind die geplanten und erreichten Fortschritte auf dem Gebiete der Volksbildung.

Vor noch größere Aufgaben sah sich in den letzten Jahren Ägypten gestellt. Dort hatten sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse allzu ungesund entwickelt. Die Bevölkerung zeigt ein ununterbrochen starkes Wachstum. Wenn es auch gelungen war, das monokulturelle Wirtschaftssystem zu durchbrechen, so reichte der damit gewonnene Nahrungsmittelspielraum doch bei weitem nicht aus, um eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Die revolutionäre Gemeinschaft der jungen Offiziere, denen das Königshaus mit seinem reformfeindlichen Anhang weichen mußte, hat sich nun mit bestem Willen, aber ohne Erfahrung an das ungeheure Werk gemacht, durch Neuaufteilung des Bodens, innere Kolonisation, verstärkte Volksbildung und Hygiene dem Volk Zugang zu wenigstens einigen Annehmlichkeiten des täglichen Lebens zu schaffen.

Zu den großen wirtschaftlichen Anforderungen, die an alle arabischen Länder gestellt werden, tre-

ten die erhöhten Aufwendungen für ihre Streitkräfte. So mußte beispielsweise das Budget Syriens in den letzten Jahren um das Dreifache erhöht werden. Mehr als die Hälfte der Haushaltsausgaben wird für die Armee aufgewendet, die außerdem einen großen Teil der Arbeitskraft der Nation für sich in Anspruch nimmt.

Unzufriedenheit aus der Sozialordnung

Die Universitäten von Kairo, Alexandrien, Beirut, Damaskus und Bagdad bilden heute eine große Zahl junger Leute aus, die großenteils in das politische Leben strömen. Naturgemäß müssen sich die meisten von ihnen mit kleinen und schlechtbezahlten Posten begnügen, wenn sie überhaupt unterkommen. Sie sehen aber Macht und Einfluß (mit Ausnahme Ägyptens) noch fest in den Händen der älteren Generation. Sie beobachten auch, wie diese herrschenden — nicht immer uneigennütigen — Kreise sich die großen Geschäfte mit den Ausländern vorbehalten. Mit Neid sehen sie das luxuriöse Leben, das sie zu Haus und noch mehr im Ausland, wo sie sich nicht zu mäßigen brauchen, führen. Aus der Geschichte, aus der Presse, aber auch aus ihrer eigenen Situation heraus verfolgen sie den gewaltigen Zug, der durch alle Völker Asiens geht. Überall sind die traditionellen Verhältnisse im Wandel. So ist bei ihnen, unterstützt durch das Beispiel Ägyptens und aus der Erkenntnis, daß die künstlichen kleinen Territorien wie Jordanien, Libanon und Syrien, ja selbst der zukunftsreiche Irak und die ganze arabische Halbinsel sich nur schwer aus eigener Kraft entwickeln können, die Sehnsucht nach der arabischen Nation entstanden, die von den Engländern bereits im ersten Weltkrieg verheißten worden war. Diese Sehnsucht hat Nasser in den Vordergrund aller Hoffnungen gerückt und seine Stellung verstärkt.

Die „ägyptische Gefahr“

Es ist kein Wunder, daß alle diejenigen Kräfte, die in Sorge um ihre wirtschaftliche und soziale Stellung eine Entwicklung wie in Ägypten fürchten, zunächst im Stillen, dann immer offener in Gegnerschaft zu dem Exponenten einer solchen

Politik gerieten — trotz aller Schwüre, Ägypten unterstützen zu wollen. So sah man Nasser, dem man seinen östlichen Waffeneinkauf zunächst noch verziehen hatte, immer ausgesprochener als Feind an. Über die Suezkrise kam es schließlich zum Einbruch der früheren kolonialen Mächte in Ägypten. Die USA und die Sowjetunion haben sich gleicherweise gegen diese Aktion verwahrt, eine erfreuliche Auswirkung des Remis der beiden Atomkräfte! Der völlige, auch wirtschaftliche, Rückzug Englands und Frankreichs hat nach den Behauptungen dieser Mächte im arabischen Raum eine „Leere“ geschaffen, die die Amerikaner, so wie bereits in Griechenland, ausfüllen sollten. Wohl mehr aus Befürchtung vor einem starken Zuwachs sowjetischen Einflusses als aus einer akuten Gefahr kam es so zu der Erklärung der Eisenhower-Doktrin. Die arabischen Staaten fürchten dieses Danaergeschenk. Als nach der Intervention der sechsten Flotte, die eine an die big stick-Politik erinnernde Demonstration blieb, der amerikanische Sonderbotschafter Erklärungen für die Politik Eisenhowers bringen sollte, konnte er seine Mission nur zum Teil erfüllen, nur Libanon und Israel haben ihn empfangen.

Wer kann mithelfen?

Von einer Wirtschaftshilfe, um die es all diesen Ländern geht, war nicht mehr die Rede. Dabei dürfte es den USA schon im Falle Saudisch-Arabien klar geworden sein, daß die Sicherheit ihrer gewaltigen Kapitalanlagen von der Frage abhängt, ob es diesen Ländern gelingt; eine moderne Sozialstruktur aufzubauen. Mit Recht machen kluge Araber darauf aufmerksam, daß es für sie eine unerfüllbare Zumutung darstelle, in wenigen Jahren die Entwicklung nachzuholen, für die die westliche Welt Hunderte von

Jahren gebraucht habe. Es handelt sich nicht nur darum, eine Schicht von Arbeitern und Ingenieuren heranzuziehen, sondern es muß eine ganze Nation eine den Zeiterfordernissen entsprechende Bildung erhalten, es muß eine körperliche Konstitution entwickelt werden, die einer stetigen körperlichen Arbeit gewachsen ist, und schließlich muß für Ernährung und Behausung in einer menschenwürdigen Form gesorgt werden. Das sind ungeheure Aufgaben, für die selbst die großen Erdöleinnahmen kaum ausreichen werden.

Von der Mitwirkung an diesen großen Aufgaben haben sich die beiden früheren Kolonialmächte zumindest für einige Zeit ausgeschlossen. Wie der Eisenhower-Doktrin wird auch einer Hilfe aus den USA

mit einem gewissen Mißtrauen begegnet. Die Inangriffnahme duldet aber keine Verzögerung, sonst droht sie von denen übernommen zu werden, die sich nur aus politischen Motiven leiten lassen. Der westlichen Welt wäre ebenso wie den arabischen Staaten gedient, wenn eine Nation wie Deutschland, die keine kolonialen Ambitionen hat, aber die nötigen industriellen Voraussetzungen besitzt, diese Aufgabe in aller Interesse und Auftragsähe und übernehme. Was uns zugemutet wird, ist zweifellos kein sicheres Geschäft, auch darf dabei der Gesichtspunkt eines augenblicklichen Gewinns nicht maßgebend sein. Es handelt sich um eine Investition, die ihre Sicherheit nur in der künftigen organischen Entwicklung dieser Staaten finden kann. (v. H.)

Die Eisenhower-Doktrin reicht nicht aus

Über alle politischen Wechselfälle unseres Jahrhunderts hinweg hat sich unser Ruf im Orient überraschend gut gehalten. Das hat zwei Gründe. Der erste Grund ist darin zu suchen, daß von den großen Industriestaaten nur Deutschland sich nicht in die Politik dieser Länder eingemischt hat und daß es nicht versucht hat, dort die Rolle einer Kolonialmacht zu spielen. Wir können das gern als ein Positivum unserer politischen Geltung verbuchen. Der zweite Grund für die uns entgegengebrachte Sympathie ist für uns peinlich: eine Reihe arabischer Staaten meinen, daß sie in ihrer kämpferischen Haltung gegenüber Israel bei uns auf besonderes Verständnis stoßen müßten.

Wir müssen uns aus der inner-orientalischen Politik heraushalten

Nach den erlebten Auswüchsen der nationalsozialistischen Judenverfolgung muß uns daran gelegen sein, den arabischen Politikern klar zu machen, daß ihre politische Hal-

tung zum Staate Israel aber auch nicht das geringste mit dem in uns aus innerpolitischer und wirtschaftlicher Berechnung von einer verantwortungslosen Regierung aufgepeitschten Antisemitismus zu tun hat. Es wäre ein Irrtum, aus diesem traurigen Erbe in uns einen selbstverständlichen Parteigänger gegen Israel und das Judentum sehen zu wollen. Die für die arabische Welt aus dem Staat Israel und dem Judentum sich stellenden Probleme sind anderer Natur, und wir sollten jede Stellungnahme hierzu vermeiden.

Ebenso klar muß aber auch gestellt werden, daß wir Deutschen nicht bereit sind, im Zuge einer Wiedergutmachung, zu der wir uns dem Judentum gegenüber moralisch verpflichtet fühlen, die israelische Partei in den politischen Auseinandersetzungen im arabischen Raum zu ergreifen.

Nicht aus opportunistischer Geschäftemacherei, sondern aus Prinzip haben wir keine Veranlassung,

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 341015
23 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

im Orient politisch Partei zu ergreifen. Wir sollten weder die Existenz „schwarzer Listen“ anerkennen, durch die seitens arabischer Staaten allen Firmen Boykott angedroht wird, die mit Israel Handel treiben, noch sollten wir uns von einer anti-arabischen oder anti-ägyptischen Propaganda Israels beeinflussen lassen. Den Völkern des Orients ist bestimmt nicht damit gedient, wenn die großen und kleinen Weltmächte für die eine oder andere Seite Partei ergreifen. Leider ergreifen diese Mächte nur zu gern Partei, da der Orient den begehrtesten Rohstoff der Erde birgt: das Erdöl.

Erdöl: Chance und Gefahr

Das Erdöl ist Gefahr und Chance für den ganzen Orient. Chance: weil das Erdöl Quelle eines ungeheuren Wohlstandes werden kann. Gefahr: weil die veränderte Lebensweise die traditionelle Lebensordnung zerstören wird.

Die Zahlungen der Ölkonzerne korrumpieren die orientalischen Herrscher, während das verarmte Volk begehrtlich auf den Reichtum sieht, der aus ihren Ländern fließt, und sich betrogen fühlt. Der Reichtum muß dazu dienen, eine moderne Gesellschaftsordnung aufzubauen, und es muß die feudale Vorstellung überwunden werden, daß die Herrscher private Eigentümer dieses Ölreichtums seien. Wenn es nicht gelingt, die traditionelle Lebensordnung durch eine moderne Gesellschaftsordnung abzulösen, die dem einzelnen Sicherheit und Wohlstand bietet, dann wird sich die schwelende Unruhe

im Orient zum Chaos entwickeln. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß die sozialen Spannungen, die sich überall im Orient — teilweise unter dem Mantel eines radikalen Nationalismus — zeigen, ein Ergebnis kommunistischer oder sowjetischer Propaganda seien, denen man mit Waffengewalt Einhalt bieten müsse. Der Westen sollte diesen Ländern mehr geben als eine politisch-militärisch verstandene Eisenhower-Doktrin, er sollte ihnen wirtschaftlich helfen.

Hilfe ohne politische Spekulationen

Es gibt kein romantisches Zurück mehr ins pittoreske Mittelalter des Orients. Es genügen aber auch nicht die vielen Autos in den wenigen orientalischen Großstädten, um den Fortschritt zu demonstrieren. Der einzige Ausweg für den Orient besteht darin, die technische und wirtschaftliche Entwicklung von über einem Jahrhundert nachzuholen. Alles, was Deutschland dem Orient an technischer Unterweisung und Beratung, an wirtschaftlicher Beteiligung an Entwicklungsvorhaben, an Hilfe für den industriellen Aufbau geben kann, sollte es geben, auch wenn es nicht gleich morgen kommerzielle Früchte trägt. Was ohne politische Spekulationen und Hintergedanken gegeben wird, dient der Entspannung. Unsere Beziehungen zum Orient sind uralte. Lassen wir uns durch die gegenwärtige Unsicherheit nicht entmutigen. Gerade weil wir keine politischen Ambitionen haben, wird man uns mehr Vertrauen entgegenbringen als allen anderen. (1b)

was auf diesem Gebiet deutscherseits bisher geschehen ist, so ist — im Gegensatz zu einer häufig vertretenen Auffassung — zu betonen, daß ein erhebliches Maß von Courage gezeigt worden ist. Die Initiative des deutschen Kaufmanns hat in den letzten fünf Jahren in Ägypten eine Aktivität entfaltet, die die aus anderen Ländern weit in den Schatten stellt. Ein Überblick über die in dieser Zeit durchgeführten bzw. heute in der Durchführung begriffenen Großvorhaben in Ägypten zeigt, daß Deutschland daran mit weit mehr als der Hälfte beteiligt ist.

Richtige Verwendung muß gesichert werden

Die Frage, wie Deutschlands wirtschaftliche Hilfe an Ägypten intensiviert werden könnte, ist nicht damit zu beantworten, daß man, wie es sich viele Ägypter vorstellen, dem Land langfristige Kredite für den Ankauf von Industrieeinrichtungen und Maschinen zur Verfügung stellt. Eine Prüfung der bisherigen Entwicklung zeigt, daß es bei der wirtschaftlichen Hilfeleistung wohl in gleichem Maße auf den ankommenden, der Hilfe leistet, wie auf den, der sie annimmt und richtig verwendet. Es hat sich oft gezeigt, daß die Lieferung von Investitionsgütern nur dann zum Erfolg geführt hat, wenn sie von organisatorischer Beratung, von technischer Hilfeleistung, vom „know how“ und allem, was zur Führung von Betrieben notwendig ist, begleitet war. Die „technical assistance“ bildet in den Ländern des Nahen Ostens eine unbedingte Voraussetzung für den Erfolg einer auch noch so großzügig gewährten wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe.

In Ägypten hat es sich deutlich gezeigt, daß die nationalistische Welle, von der die Revolution getragen war und getragen wird, vieles hinweggeschwemmt hat, was für die Entwicklung des Landes nützlich war. Das durch die Abwanderung vieler ausländischer Sachverständiger entstandene Vakuum kann zunächst nicht durch einheimische Kräfte ersetzt werden, denen vielfach nicht nur die Erfahrung, sondern auch die Kenntnisse

Ägypten ist für jede uneigennütze Hilfe dankbar!

Kairo, den 13. Juni 1957
Das neue Regime in Ägypten hat es sich zur Aufgabe gestellt, durch Urbarmachung von Wüstenstrichen die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und durch Errichtung neuer Industrien der Bevölkerung Arbeit und Verdienst zu schaffen. Aus eigener Kraft kann dies in dem notwendigen Ausmaß nicht geschehen, und daher richten sich die Blicke nach dem Ausland, von dem das Land Hilfe erhofft und wegen

seiner interessanten geopolitischen Lage auch zuversichtlich erwartet. Die Regierung lehnt aber jede derartige Hilfe ab, wenn sie an irgendwelche politischen Bedingungen gebunden ist. Die Blicke richten sich daher naturgemäß besonders auf die Bundesrepublik Deutschland, deren Kapazität bekannt ist und deren Stellung außerhalb der großen Weltpolitik den Ägyptern die Gewähr für eine uneigennütze Hilfe zu bieten vermag. Fragt man sich,

fehlen. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß auf Grund beiderseitiger Initiative neuerdings viele junge Ägypter nach Deutschland entsandt worden sind, um dort „von der Pike auf“ die Technik des deutschen „Wirtschaftswunders“ kennenzulernen. Auf diesem Wege stehen einer wirksamen wirtschaftlichen Hilfe unbegrenzte Möglichkeiten offen, die von deutscher Seite weit stärker ausgenutzt werden sollten als bisher.

Zentrales Problem ist Baumwolle

Spricht man mit Ägyptern über eine weitere Verstärkung der Importe aus der Bundesrepublik, so hört man immer wieder dasselbe: „kauft uns mehr Baumwolle und andere Landeserzeugnisse ab“. Die unter den obwaltenden Umständen richtige Antwort auf diesen Wunsch ist: „verkauft sie uns“, d. h. zu Bedingungen, die denen eines im System der freien Marktwirtschaft tätigen Kaufmanns entsprechen. Es ist aber nicht unbedingt richtig, den Ägyptern vorzuwerfen, daß sie vom multilateralen Prinzip des Welthandels wenig wissen wollen. Es liegt ihnen daran, ihre Baumwolle abzusetzen, und sie sind bereit, die Käuferländer hinsichtlich der Gegenbezüge zu bevorzugen. Mit dieser Einstellung muß gerechnet werden, und auch hier müßte der Hebel angesetzt werden, um die in allen Verlautbarungen, Kundgebungen, Protokollen und Interviews zu einem abgegriffenen Slogan gewordene „Erweiterung und Vertiefung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen“ in die Praxis umzusetzen.

USA haben eine Chance verpaßt

Wie anders würde Ägypten heute aussehen, wenn die freie Welt oder auch nur einige der westlichen Industriestaaten sich seinerzeit entschlossen hätten, die ägyptische Baumwollernte durch langfristige Verträge zum großen Teil abzukaufen! Die Ostblockstaaten sind hier zuvorgekommen und haben sich als Helfer in der Not starke Sympathien in Ägypten erworben, obwohl sie allerdings kaum imstande sind, Ägypten all das zu liefern, was es dringend braucht. Mit Recht kann man dagegen einwenden, daß die ägyptische Baum-

wolle in preislicher Hinsicht auf dem Weltmarkt vielfach nicht wettbewerbsfähig war und auch heute nicht ist. Die Zahlung eines gewissen Überpreises hätte aber sicherlich bei weitem das wettgemacht, was z. B. Amerika in der Form seiner mehr oder weniger gratis gewährten „economical assistance“ in Ägypten verausgabt hat, ohne sich dadurch wirtschaftliche Vorteile und auch besondere Sympathien zu erwerben.

Der Zeitpunkt für deutsche Hilfe ist günstig

Ägypten ist für jede uneigennützige Wirtschaftshilfe dankbar, und wenn eine solche Hilfe von deutscher Seite intensiviert werden würde, so ist eine handelspolitische Diskriminierung nicht zu befürchten. Durch die „force majeure“ der Suezkrise hat sich Ägypten über gewisse handelspolitische Bindungen mit verschiedenen Staaten hinweggesetzt, wobei diese Staaten nicht in der Lage sind, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, weil sie sonst befürchten müßten, den Markt zu verlieren.

Bei Gesprächen mit deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitikern über die Möglichkeiten einer stärkeren Teilnahme der Bundesrepublik am wirtschaftlichen Aufbau Ägyptens hört man oft die Bemerkung, daß man dem „reichen Onkel aus Amerika“ den Vortritt lassen und sich sicherheitshalber in seinem Kielwasser halten sollte, denn das deutsche System erlaube es nicht, große Mittel auf lange Sicht so einzusetzen, daß das Risiko des deutschen Financiers und Kaufmanns überspannt werde. Wie dem auch sei, der Moment für Deutschland, mit Ägypten stärker ins Geschäft zu kommen, ist unter gewissen Voraussetzungen günstig. Die Deutsche Industrieausstellung in Kairo im März dieses Jahres hat nicht nur bei den Ägyptern, sondern auch im Nahen Osten überhaupt einen sehr nachhaltigen Eindruck hinterlassen, und es gilt nun, diesen Eindruck lebendig zu halten. Nicht zuletzt ist dies durch die Pflege persönlicher Beziehungen zu den führenden Persönlichkeiten in diesem Raum zu erreichen. (v. S.)

Internationale Aktion zur Neugestaltung des Nahen Ostens

Jerusalem, 16. Juni 1957

Nicht allein für die Bundesrepublik sind die Beziehungen der europäischen Wirtschaft zum Mittleren Osten an einem Punkt angelangt, wo die Frage gestellt werden muß, ob sie nicht einer Revision bedürfen.

Auftrieb des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus

Entgegen den ursprünglichen Befürchtungen hat sich in den Nachkriegsjahren erwiesen, daß der militärische Zusammenbruch Deutschlands auf das Ansehen der deutschen Wirtschaft im Mittleren Osten keinen negativen Einfluß ausgeübt hat. Im Gegenteil hat die zeitweilige machtpolitische Ausschaltung der Bundesrepublik das Ansehen eher gestärkt. Die vom Druck der Kolonialmächte befreiten Völker fanden in dem politisch ungefährlich gewordenen Deutschland keinen gefährlichen Rivalen, sondern einen wirtschaftlich nützlichen Partner. Die Entmachtung des Imperia-

lismus hat im Mittleren Osten zu einem Auftrieb des politischen und ökonomischen Nationalismus geführt, dessen Wegbereiter die Türkei unter Kemal Atatürk gewesen ist. Ägypten, die arabischen Länder zwischen Persischem Golf und östlichem Mittelmeer sind ebenso wie Israel diesem Beispiel gefolgt.

Dieses Bemühen um politische und wirtschaftliche Selbständigkeit hat bei den geringen, vielfach erst im Stadium der Erschließung stehenden Hilfsquellen zunächst zu einer Steigerung des Einfuhrbedarfs dieser Länder geführt. Da alle diese Länder dank ihrer besonderen Stellung im Weltkrieg über beträchtliche Barreserven verfügten, konnten sie diesen zusätzlichen Einfuhrbedarf leicht befriedigen. Die Veränderung der weltpolitischen Stellung des Mittleren Ostens hat das Gleichgewicht zwischen den verfügbaren Mitteln und den wachsenden Bedürfnissen allmählich gestört. Aus einem europäischen

Binnensee wurde das Mittelmeer zu einem internationalen Spannungsfeld. Auf wirtschaftlichem Gebiet zeigt sich das darin, daß die Aufwendungen für Verteidigung und Rüstung Vorrang über die anderen Lebensnotwendigkeiten erhielten. Diese Überbewertung des Rüstungsbedarfs entsprang der Hoffnung, in der großen Auseinandersetzung zwischen Ost und West durch politische und militärische Hilfsleistungen an die Großmächte für sich selbst territoriale Vorteile auf Kosten der Nachbarstaaten einhandeln zu können.

Militärische Aktionen bringen keine Lösung

Der Verlauf der Suezkrise und des Sinai-Feldzuges hat gezeigt, daß von Eingriffen dieser Art keine brauchbaren Lösungen zu erwarten sind. Auch die Krise in Jordanien konnte trotz der amerikanischen Intervention mit der Eisenhower-Doktrin im Hintergrund nur zu einer provisorischen Lösung mit zeitlich begrenzter Dauer geführt werden. Vorläufig ist es nur zu einem Sieg der von den Amerikanern unterstützten konservativen Kräfte in der arabischen Welt über die von der Sowjetunion geförderten national-revolutionären Kräfte gekommen. In der Politik wird sich das praktisch zunächst darin auswirken, daß die bisher auf die völlige Vernichtung Israels eingestellte Arabische Liga sich zu einer realeren Auffassung wird bekehren müssen.

Ein internationales Notstandsprogramm

Man ist geneigt, diese Neuorientierung an einem konkreten Objekt zu versuchen. Als Probestück ist die Regelung des arabischen Flüchtlingsproblems in Aussicht genommen worden, zu dessen Lösung auch Israel seine Mitarbeit in Aussicht gestellt hat. Israel selbst hat im Jahr 1957 die Aufgabe zu bewältigen, über 100 000 Neueinwanderer aus den Ländern des westlichen Mittelmeers, aus Ägypten und Polen einzugliedern. Dafür sind Aufwendungen von 2 Mrd. \$ erforderlich. Und die Frage, woher man diese Mittel beschaffen soll, lassen alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten.

Da beide Fragen einen Komplex bilden, der die internationale Sicherheit und die Gestaltung des Mittleren Ostens unmittelbar berührt, gewinnt der Gedanke an Boden, sie aus ihrem lokalen Bereich herauszuheben und zum Gegenstand einer internationalen Aktion zu machen. Aus dieser Einstellung heraus ergeben sich Ansätze für ein internationales Notstandsprogramm, das zu der Konzeption führt, den Mittleren Osten durch wasserwirtschaftliche Erschließung zu einem Wanderungsland vor den Toren Europas zu gestalten. Das könnte dem Raum eine Stellung verschaffen, die seiner Bedeutung im Altertum nicht nachzustehen braucht. Es liegt hierin eine nicht genügend beachtete Aufgabe der Europaunion, nämlich den in der Enge Europas wurzellos gewordenen Menschen einen aussichtsvollen Lebensraum zu bieten. Die Mitarbeit der Bundesrepublik an einem solch umfassenden Programm würde die Beziehungen der westdeutschen Wirtschaft zu den Ländern des Orients grundlegend ver-

ändern. Die Bundesrepublik könnte heute in ihrer gegenwärtigen außenpolitischen Stellung mitarbeiten, ohne sich der Gefahr auszusetzen, in das Kreuzfeuer der jüdischen und arabischen Feindschaften zu geraten. Im Rahmen einer solchen Konzeption liegt sowohl eine Arbeitsgemeinschaft aller Anrainer des Nils als auch die überstaatliche Ausnutzung der Wasserkräfte des Euphrat und des Tigris im Interesse Saudisch-Arabiens und des östlichen Mittelmeerraums. Der große damit zusammenhängende Problembereich könnte die deutsche Wirtschaft vor langfristige Aufgaben stellen.

Eine solche Hilfe wird aber von den Völkern des Orients nicht erbeten werden, sie muß ihnen angeboten werden. Die Durchführung des Vorhabens erfordert konkrete Vorschläge, die durch eine weit-schauende Technik und durch eine phantasiebegabte Diplomatie untermauert werden müssen. Die Vorschläge müssen Verständnis für die politischen Notwendigkeiten eines Zeitalters zeigen, das von der Technik beherrscht wird. (Lw)

Die Eisenhower-Doktrin und die Mitarbeit Griechenlands

Bei seinem Besuch in Hamburg hat der politische und wirtschaftliche Mitarbeiter des größten Zeitungskonzerns in Athen („To Vima“, „Ta Nea“, „Ikonimikos Tachidromos“, „Tachidromos“), Diomedes Polychroniades, in seiner vitalen Art ein so lebendiges Bild von der wirtschaftlichen Belebung der Eisenhower-Doktrin für den Nahen und Mittleren Osten und die Mitarbeit Griechenlands entwickelt, daß wir ihn gebeten haben, seine Ausführungen in einer programmatischen Glosse in unserer Zeitschrift zu veröffentlichen. Wir werden darin mit den leidenschaftlichen Erwartungen bekannt gemacht, die Griechenland an eine wirtschaftliche Entwicklung seines Landes auf breiter Basis knüpft, und wie eng diese Erwartungen mit einer Hoffnung auf deutsche Hilfeleistung verbunden sind.

Man erinnert sich der alliierten Auseinandersetzungen über den Vorrang der Atlantikfront oder des Nahen Ostens, wenn ein politischer Entschluß der USA, dem der Präsident selbst seinen Namen leiht, eindeutig den Nahen Osten in den Vordergrund rückt. Das erste große Erdbeben der Nachkriegszeit, das seinen Schwerpunkt in Korea hatte, ist mit vielen kleineren „Nachbeben“ abgeklungen. In der Zeitspanne, in der man von Entspannung und Koexistenz sprach, wurde wieder deutlich, welches wirkliche

Gewicht dem Nahen Osten zukommt, wo Landfronten verlaufen, wo sich die Gegensätze eng berühren und nicht wie im Pazifik durch riesige Entfernungen voneinander isoliert werden. Von Budapest und Belgrad bis Khartum und Teheran weisen die Ereignisse der letzten Monate auf die Bedeutung des Raumes hin, dessen Mitte etwa Jordanien, vielleicht auch Kreta darstellt.

Vom rein militärischen Gesichtspunkt aus bietet eine Durchsetzung der Eisenhower-Doktrin kaum wesentliche Schwierigkeiten. Die

Sechste Flotte der USA, die sich praktisch selbst versorgen kann, hat durch ihre Fahrt von der Riviera nach Beirut gezeigt, wie schnell eigene amerikanische Machtmittel mobilisiert werden können. Die USA verfügen über zahlreiche Flugplätze und Geschwader in diesem Raum der Erde. Sie haben außerdem andere Staaten mit Waffen versorgt, und sie haben durch ihre Instruktionsoffiziere andere Heere ausbilden lassen.

Die wirtschaftlichen Perspektiven der Eisenhower-Doktrin

Die Sicherheit des Nahen Ostens hängt aber außerdem von einer Stärkung seiner Wirtschaft ab. Solange hier verelendete Massen leben, findet die kommunistische Agitation Anknüpfungspunkte. Goldschätze der Staatsoberhäupter, blumenreicher Prunk und Hofskandale können die Unruhe nicht beschwichtigen, die zu kommunistischer Aktivität und zu nationalistischen Ausbrüchen führt. Ausbrüche und Unruhen sind Symptome, nicht Herde der Krankheit. Diese Symptome sind deshalb so gefährlich, weil von ihnen aus unversehens eine Weltkatastrophe entstehen kann.

Es ist nicht wichtig, daß sich die Öffentlichkeit der Welt mit der Frage einer Nachkommenschaft für das iranische Kaiserhaus beschäftigt. Wichtig aber ist die Überlegung, wo eine Wüste fruchtbar gemacht werden kann. Der Ursprung der Suezkrise liegt in dem Mangel an Wasser und Energie, dem Präsident Nasser zunächst durch das Assuan-Projekt abzuhelfen versuchte. Die Amerikaner wissen heute, daß ihre militärische Einschaltung im November einer wirtschaftlichen Ergänzung bedarf. Sie haben eingesehen, daß die Ereignisse in Port Said daher kommen, daß man nicht schon 1952 die wirtschaftlichen Bemühungen der Offiziersregierung unterstützte. Die Eisenhower-Doktrin bedeutet also den Entschluß zu einer neuen Wirtschaftspolitik im Nahen Osten.

Diese neue Wirtschaftspolitik kann ein Signal für die Welt werden. Hier wird ein Beispiel für die organisatorische und wirtschaftliche Kraft der USA gezeigt. Hier kann ein wirkliches „Wirtschaftswunder“



Günstige Teilzahlung

Monatsraten schon ab 10,- DM. Um-tauschrecht, 1 Jahr Garantie. Alle Fabrikate. Fordern Sie sofort unseren neuesten kostenlosen Bildkatalog 573 K

NOTHEL  Deutschlands großes Büromaschinenhaus
Göttingen, Weender Str. 11 • Essen, Gemarkenstr. 51

erfolgen. Die Völker können hier lernen, daß es andere Wege aus dem Elend der Armseligkeit gibt als den Kommunismus.

Keine Wiederholung der Marshall-Methoden!

Dabei sind sich die Amerikaner natürlich der Erfahrungen bewußt, die sie in der ersten Nachkriegsphase mit ihrer Wirtschaftshilfe gemacht haben. Sie gaben Geld und wurden (fast möchte man sagen „dadurch“) unbeliebt. Sie rüsteten Staaten aus, die ihnen nicht wohlgesinnt waren. Sie bauten zerstörte Nationalwirtschaften von neuem auf, die sich dann mit ihren Interessen gegeneinanderstellten. Das Marshall-Prinzip wollte die verfügbaren Mittel anteilmäßig auf die Staaten verteilen.

Die Eisenhower-Doktrin befaßt sich nicht mit einzelnen Staaten, sondern mit einem ganzen Raum, der auch ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet ist. Der Verfasser konnte den jetzigen Botschafter der Türkei in Bonn, Exzellenz İkçel, in Athen sprechen, bevor er seinen Posten in Athen zur Abreise nach Deutschland aufgab. Der Botschafter vertrat in einem Sonderinterview die Auffassung, daß Griechenland und die Türkei wie alle Staaten des Nahen Ostens zu einer gemeinsamen Front gehörten. Sie sehen sich heute den Problemen gegenüber, die durch die Schaffung des „Gemeinsamen Marktes“ in Europa entstehen. Kleinere Fragen, zu denen auch die Zypernfrage gehöre, müßten schnell gelöst werden, damit sich die Nahost-Länder mit den entscheidenden Problemen des Wirtschaftsaufbaus befassen könnten, „die für viele Jahrhunderte die Zukunft der Nahost-Staaten entscheiden“.

Senator Humphrey aus den USA erklärte vor einigen Wochen in Athen in einem Interview dem Verfasser, daß der Eisenhower-Plan

eine Wirtschaftsgemeinschaft schaffen wolle. Mittel aus der gemeinsamen Hilfskasse werden nicht mehr nach der Einwohnerzahl oder gleichmäßig oder nach Bedarf verteilt, sondern jeder Staat erhält, was ihm nach der Leistung für die Gemeinschaft und nach seiner Rolle in der Gemeinschaft zusteht. Der einzelne Staat kann sich die Rolle wählen, die er sich zutraut. Die Gelder sollen nicht zweiseitig von den USA an einen einzelnen Empfängerstaat fließen, sondern einer gemeinsamen Kasse anvertraut werden, die vielleicht von der UNO zu verwalten wäre. Das Geld sollte nicht nur aus den USA stammen, sondern vielseitigen Ursprungs sein. Es sollte im Gegensatz zur Marshall-Hilfe durch seine Anonymität „neutralisiert“ werden, so daß es für alle Länder annehmbar wird. So kann der „Eisenhower-Plan“ außenpolitisch eine ähnliche Funktion erfüllen wie seinerzeit innenpolitisch der „New Deal“.

Griechlands wirtschaftlicher Beitrag

Die griechische Regierung hat sich zur Mitarbeit im Rahmen der Eisenhower-Doktrin bereiterklärt. Abgesehen von der strategischen Bedeutung besitzt Griechenland viele Möglichkeiten, im Zeichen dieser Doktrin seine eigene Wirtschaft zu fördern und einen Beitrag für die wirtschaftliche Gesundung des Nahen Ostens insgesamt zu leisten.

Obwohl die griechische Landwirtschaft von der Natur nicht gut ausgestattet worden ist, haben die Anstrengungen der Nachkriegszeit große Erfolge gezeitigt. Technische Meliorationsarbeiten und eine vernünftige Agrarpolitik haben es erreicht, daß Reis oder Baumwolle nicht mehr importiert werden müssen. Der Eigenbedarf an diesen Produkten wird heute gedeckt, Griechenland kann sogar einen Überschub exportieren. Die Agrar-

bank hat durch ihren Vizegouverneur A. Bernaris einen Kreditplan für die Landwirtschaft, insbesondere zur Finanzierung wasserwirtschaftlicher Vorhaben und der landwirtschaftlichen Industrie ankündigen lassen. Auf diesem Gebiet also ist das Mögliche geschehen.

Für eine Industrialisierung bringt Griechenland zwei wichtige Voraussetzungen mit: Bodenschätze, vermutlich Uranvorkommen, und eine qualifizierte Arbeiterschaft, die teilweise in Deutschland gearbeitet hat und bis jetzt im Vergleich zu anderen Ländern nur bescheidene Lohnansprüche stellt. Dazu besitzt Griechenland ein gut organisiertes Kreditssystem und eine reiche kaufmännische Erfahrung. Onassis und Niarchos, die beiden Großunternehmer, sind nicht zufällig in jüngster Vergangenheit in ihrer griechischen Heimat wirtschaftlich aktiv geworden. Griechenland lockt also industrielle Unternehmer an. Ausländische Firmen sind an griechischen Bergwerken beteiligt, um die Rohstoffe in ihren Heimatländern zu verarbeiten. Krupp interessiert sich für Griechenland, hat neuerdings eine Kommission dorthin gesandt und ist am Bodossakis-Unternehmen in Ptolemais beteiligt.

In Griechenland hat man verstanden, daß man die Hilfe ausländischer Großunternehmer für die Industrialisierung des Landes braucht. Das im Lande verfügbare Kapital hat von sich aus die Bedeutung griechischer Industrie-Investitionen noch nicht zu schätzen gelernt und legt sich lieber in dem Bau großer Wohnblöcke fest. Außerdem mußte man bis jetzt nicht, wo eine etwa entstehende griechische Industrie Märkte finden sollte. Es wird also Fremdkapital benötigt und willkommen geheißen. Der Markt öffnet sich in dem großen von der Eisenhower-Doktrin betroffenen Raum des Nahen Ostens. Wenn die Nahoststaaten zusammenarbeiten, finden griechische Waren in ihnen Verkaufsmöglichkeiten.

Ein origineller Vorschlag: Industrie-Freizonen

Nach dem Vorbild der Freihandels- und Freihafenzonen könnte Griechenland Industrie-Freizonen zur Verfügung stellen. Dort könn-

ten ausländische Firmen mit allen Vorteilen der Exterritorialität rechnen. Sie könnten die Rohstoffe, Arbeitskräfte, den Kreditapparat und die kaufmännische Begabung Griechenlands nutzen.

Einfuhr und Ausfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten müßten frei von Abgaben sein. (Nur der griechische Verbraucher müßte für die aus diesen Zonen stammenden Waren eine Steuer entrichten.) Die Industriellen könnten also hier billig produzieren und über Agäis und Mittelmeer hinweg günstig exportieren. Der Industrieminister P. Pappaligouras und sein Staatssekretär N. Martis sind sicherlich einem derartigen Projekt gewogen. Martis hat selbst mehrfach den Nahen Osten besucht und die öffentliche Meinung Griechenlands auf Handelsmöglichkeiten in den dortigen Staaten vorbereitet, bevor von einer Eisenhower-Doktrin die Rede war.

Hier liegt eine besondere Chance für Deutschland. Es bringt reiche industrielle Erfahrungen mit, seine Waren werden hoch geschätzt. Großbritannien und Frankreich können

aus politischen Gründen nicht handeln. Die USA wollen ausdrücklich nicht den Anschein erwecken, als diene ihnen die Eisenhower-Doktrin nur zur Eroberung von Absatzmärkten. Es bleibt also neben kleineren Industrieländern vor allem Deutschland als Partner Griechenlands. Die deutsche Industrie könnte in den Industrie-Freizonen kleinere Filialen errichten. Zweckmäßigerweise würde sie griechisches Kapital von Firmen und Einzelpersonen beteiligen.

Griechenlands Leistung für die Eisenhower-Doktrin wäre also die Bereitstellung guter Industriestandorte. Die dort fabrizierten Waren könnten sicher sein, keinen politischen Widerständen oder Ressentiments im Nahen Osten zu begegnen. Ihre Qualität würde durch die Aktivität weltbekannter deutscher Firmen gesichert. Auch Rohstoffe aus anderen Nahost-Ländern könnten in den Industrie-Freizonen Griechenlands verarbeitet werden. Sie fänden in verarbeiteter Form eine willige Aufnahme bei ihren Ursprungsländern.

Atomare Aphorismen

Eine Waffe, die bei ihrem Einsatz die Welt zerstört, ist keine Waffe mehr. Und die Atomwaffe bietet heute keine Chance, die vernichtende Wirkung zu lokalisieren. Es spielt heute auch keine Rolle mehr, wer in der Atomrüstung einen qualitativen oder quantitativen Vorsprung hat. Die Ausbildung der Waffe hat einen Grad erreicht, der ein Plus oder Minus in Menge und Güte bedeutungslos macht. Die beiden Atomkräfte sind sich darüber völlig klar. Damit ist aber auch bereits über den Einsatz sogenannter strategischer Atomwaffen das Urteil gesprochen. Denn eine Abgrenzung zwischen der Anwendung „strategischer“ oder anderer Atomwaffen ist Illusion.

So könnten wir eigentlich der Zukunft beruhigt entgegensehen, und es dürfte für uns nicht so sehr wichtig sein, daß die Amerikaner dank der Verzögerungstaktik ihrer Verbündeten das Urheberrecht des ersten brauchbaren Vorschlags über Einstellung von Atomversuchen an die Sowjets abtreten mußten. Die Hauptsache ist sicher, daß auf irgendeine Weise die lebensbedrohende Gefahr der Atomversuche beseitigt wird und daß man darüber letztlich — soweit ist es noch nicht — zur Ächtung der Atomwaffe kommt. Mit der Ächtung der Atomwaffe und selbst mit einem wirksamen Verbot ihrer Produktion, wäre der Bestand an Atomwaffen noch nicht aus der Welt geschafft. Vielleicht wäre auch die technische Vernichtung dieses Bestandes noch lebensgefährlicher als ihre latente Existenz. Hat eigentlich die Virulenz von Atomwaffen eine begrenzte Lebensdauer? Andererseits liegt vielleicht gerade in der Existenz virulenter Atomwaffen die Beseitigung des Krieges als politische Machtprobe überhaupt.

Jedenfalls dürfte es im gegenwärtigen Anfangsstadium internationaler Atomvergleiche noch zu früh sein, die Planung des atomaren Luftschutzes einzustellen. Die Welt wird noch weiterhin — und vielleicht für immer — unter der Angst des Atomkrieges leiden. Denn schließlich weiß man nie ... Sicher wäre es ein Paradoxon der Menschheitsgeschichte, wenn die Atomkraft uns das Mittel in die Hand gäbe, den Atomkrieg zu besiegen. Die ungeheuren wirtschaftlichen Kräfte, die die Atomspaltung uns liefert, können dazu beitragen, das wirtschaftliche Elend von Millionen Menschen zu beseitigen. Und schließlich läßt sich nicht leugnen, daß die wirtschaftliche Not und die soziale Kluft die größten Unruheherde der Welt sind. (sk)